Dunkle Wolken über dem EU-Afrika Gipfel 2021
angesichts des Brexit und der Corona-Pandemie

Dirk Kohnert [1]



'Afrika-Russland Gipfel, 2019"
„Wir (Marsmenschen) sind die einzigen, die auf der Liste der Afrika-Gipfel fehlen"
... und die Afrikaner selbst!" [2]

Zusammenfassung: Alle drei Jahre bringt der AU-EU-Gipfel afrikanische und EU-Staats- und Regierungschefs zusammen, um die künftige Richtung der Zusammenarbeit zu skizzieren. Der 6. Gipfel hatte sich zum Ziel gesetzt, die Partnerschaft zwischen den beiden Blöcken bereits im Oktober 2020 zu bekräftigen und zu erneuern, er wurde jedoch aufgrund der COVID-19-Krise auf das erste Quartal 2021 verschoben. Davon unabhängig mußte sich Brüssel erst einmal über seine eigene Situation nach dem Brexit und dessen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Afrika klar werden. Die afrikanischen Staaten ihrerseits wollen die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika neu verhandeln und sie mit den vielversprechenden Visionen des britischen Premierministers Boris Johnson über verstärkte wirtschaftliche Beziehungen zur afrikanischen Anglosphäre in Einklang bringen. Zudem konkurrieren China und andere Global Player mit der EU und ihren Mitgliedstaaten im Kampf um afrikanische Ressourcen. Angesichts der Tatsache, daß Afrika zunehmend von anderen Partnern umworben wird, könnten seine Führer dazu neigen, ihre Beziehungen zur EU sukzessive einzuschränken und die EU auf ihre Funktion als Anbieter von Hilfe und Sicherheit gegen den islamischen Terrorismus zu begrenzen. Dieser Trend wird noch dadurch verstärkt, daß eine gemeinsame EU-Afrika-Strategie von den EU-Mitgliedstaaten noch nicht einmal verabschiedet wurde. Selbst der rechtzeitige Ersatz des Cotonou-Abkommens, das im November 2021 ausläuft, ist fraglich.

Stichwörter: EU-Afrika Beziehungen, Corona, Brexit, EU, Großbritannien, China, internationaler Handel, wirtschaftliche Rezession, Armut, Gewalt

JEL-Code: F13, F35, F54, F63, G15, I1, N17, N47, N67, O17, P16, Z13

---

[1] Associated expert at the Institute of African Affairs, German Institute for Global and Area Studies, Hamburg. *Draft*: 14 March 2021.

[2] Gado, www.theelephant.info, 24.10.2019. - Gado ist nach eigenen Angaben der am meisten von verschiedenen Zeitungen Ost- und Zentralafrikas nachgefragte Cartoonist. Er bereichert mit seinen Karikaturen seit über zwei Jahrzehnten auch die Beiträge der *Daily Nation* (Kenia).

1. Einleitung

Alle drei Jahre bringt der EU-Afrika Gipfel die Staats- und Regierungschefs Afrikas und der EU zusammen, um die künftige Richtung der Zusammenarbeit zu skizzieren. Das 6. Gipfeltreffen sollte bereits im Oktober 2020 die Partnerschaft zwischen den beiden Blöcken bekräftigen und erneuern. Es wurde jedoch aufgrund der COVID-19-Krise sowie wegen Differenzen über die Agenda des Gipfels *sine die* verschoben[3]. Demgegenüber liegen China und andere Global Player im erneuten globalen Kampf um afrikanische Ressourcen um Nasenlängen vorn. China hatte beispielsweise bereits im Juni 2020 ein eigenes Gipfeltreffen mit afrikanischen Staats- und Regierungschefs abgehalten. Die folgenden Ausführungen geben einen aktuellen Überblick über die relevante internationale Diskussion und Literatur zum Thema.

Ein Indikator für die neue Bedeutung Afrikas im globalen Kampf um seine Ressourcen ist die Vielzahl von Afrika-Gipfeln. Abgesehen vom kommenden EU-Afrika- und einem möglicherweise zusätzlichen konkurrierenden Post-Brexit UK-Afrika-Gipfel, seien hier als Beispiel die folgenden Gipfeltreffen genannt (Soulé, 2020):

- China-Afrika COVID-Gipfel vom Juni 2020,
- Peking-Gipfel 2018 des Forums für China-Afrika-Zusammenarbeit
- Forum für China-Afrika-Zusammenarbeit (FOCAC) 2021,
- Afrika-Frankreich-Gipfel 2020,
- Naher Osten-Afrika-Gipfel 2020,
- Türkei-Afrika-Gipfel 2020,
- Russischen-Afrika-Gipfel 2019,
- Russland-Afrika-Gipfel und Wirtschaftsforum 2022

Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs nutzten diese Plattform nicht nur als Gelegenheit zur Imagepflege. Ihre Strategien werde von vier Hauptzielen inspiriert:

- Einwerbung von Investitionen (FDI)
- Diversifizierung der Partner, um Abhängigkeit zu verringern
- Eröffnung eigener wirtschaftspolitischer Handlungsmacht
- Auflösung der politischen Isolation, durch mehr Sichtbarkeit als globale Akteure, inkl. sozialer Netzwerke (Soulé, 2020).

Die EU-Mitgliedsländer, unter sich selbst zerstritten, agieren demgegenüber bisher orientierungslos. Sie geraten durch eigenes Verschulden immer mehr ins Hintertreffen. Ursprünglich konzentrierte sich der EU-Afrika Gipfel auf die Neuverhandlung des vor zwanzig Jahren unterzeichneten Cotonou-Abkommens, das spätestens im November 2021 ausläuft[4]. Es regelt die Beziehungen zwischen der EU und den ehemaligen Kolonien der europäischen Führungsmächte (Frankreich und GB), die heute in der Organisation der

[3] Lissabon, daß für die erste Hälfte des Jahres 2021 turnusmäßig die Ratspräsidentschaft der EU übernommen hat, kündigte an, daß der EU-Afrika Gipfel nunmehr zum Abschluß ihrer Ratspräsidentschaft im Juni 2021 stattfinden soll. Ob sich das realisieren läßt, steht in den Sternen.

[4] EU (2021): After Cotonou: Towards a new agreement with the African, Caribbean and Pacific states. Brussels: European Parliament, Briefing – International Agreements in progress. - "Die EU ist sehr mit sich selbst beschäftigt - teilweise aufgrund der COVID-19-Krise", sagte Mathias Mogge von VENRO, einer Dachorganisation für Entwicklungs-NGOs in Deutschland. "Partnerschaften mit Afrika sind inzwischen in den Hintergrund getreten." (Pelz, Daniel (2020): Beziehungen zwischen Afrika und Europa: 2020 war ein verlorenes Jahr. DW, 20.11.2020).

afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (OACPS, d.h. der ehemaligen AKP-Mitgliedstaaten) mit ihren 79 Mitgliedsländern, darunter 48 afrikanische Staaten, zusammengefaßt sind. Die COVID-19-Krise brachte jedoch sowohl die Gipfel-Agenda als auch die Prioritäten beider Partner durcheinander. Selbst ein rechtzeitiger Ersatz des Cotonou-Abkommens, das im November 2021 ausläuft, ist fraglich.

Tatsächlich ist eine enge Zusammenarbeit der EU mit Afrika angesichts der Migrationspolitik und des zunehmenden wirtschaftlichen und geopolitischen Wettbewerbs mit China, Rußland und anderen globalen Akteuren heute von größerer Bedeutung als je zuvor. Dies hat die EU bereits in ihrer Gemeinsamen Strategie mit Afrika (JAES, 2007) anerkannt. Die Vorstellungen einer Partnerschaft auf Augenhöhe, die für die JAES so zentral war, verblaßte aber zur Chimäre angesichts dessen, daß das Verhältnis zwischen Europa und Afrika weiterhin von postkolonialen Beziehungen und Interessen geprägt ist (Kell & Vines, 2020).

Der folgende Vorfall ist kennzeichnend dafür, daß die europäischen Verhandlungsführer die Zeichen der Zeit augenscheinlich verschlafen haben. Angesichts der Corona-Krise hatten die Staats- und Regierungschefs der EU und der AU sich darauf geeinigt, Anfang Dezember 2020 das Gipfeltreffen mittels einer Videokonferenz abzuhalten. Die afrikanische Seite sagte jedoch in letzter Minute wegen Differenzen über Agenda-Themen ab. Dafür waren provokative Bemerkungen zweier französischer medizinischer Experten im Frühjahr 2020 maßgeblich mitverantwortlich. Letzteres kam im Zusammenhang mit afrikanischen Beschwerden über die aktuelle und historische Behandlung afrikanischer Länder und Beamter, auch in Gesundheitsfragen, zur Sprache. Äußerungen der französischen Experten zu einer möglichen Studie in Afrika über die Auswirkungen eines Tuberkulose-Impfstoffs bei der Bekämpfung des Coronavirus legten für die afrikanische Seite nahe, das Afrikaner auch in Bezug auf Corona-Impfstoff als „Versuchs-Meerschweinchen“ eingesetzt werden könnten (Herszenhorn, 2021). Tatsächlich gehörte das Testen neuer Medikamente an Afrikanern seit der Kolonialzeit bis in die 2000er Jahre zur gängigen Praxis europäischer Arzneimittelkonzerne (Rottenburg, 2009). Dies erklärt die Vorbehalte afrikanischer Mediziner und Politiker und die Forderung nach gerechteren internationalen Beziehungen zwischen Europa und Afrika, inklusive des Zugangs zu Impfstoffen gegen Corona und anderen Arzneimitteln (Flint, 2021).

Davon abgesehen, ist die Afrika-Politik Brüssels weiterhin gelähmt durch die Folgen des Ausscheidens Großbritanniens aus der EU sowie durch die Auswirkungen der Corona-Krise. Denn der Brexit hat ungeahnte Folgen auch für die EU-Afrika Beziehungen (Kohnert, 2018; 2019). Angesichts der vollmundigen Visionen des britischen Premierministers Boris Johnson über die angeblich rosige Post-Brexit Zukunft Afrikas und das Wiedererstarken des ‚globalen Britanniens‘, wollen die Afrikaner auch ihre Partnerschaft mit der EU (ohne GB) neu verhandeln. Da liegt es nahe, daß afrikanische Führer mit Kußhand die Schaukelpolitik wieder aufnehmen, die sie bereits in Zeiten des Kalten Krieges so gut zu nutzten verstanden, und versuchen werden, sich die Rosinen aus dem Verhandlungskuchen picken.

Obwohl der übergreifende politische Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und Afrika, die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie (JAES), auf dem Lissabon-Gipfel 2007 von Vertretern von 53 afrikanischen und 27 europäischen Staaten offiziell verabschiedet wurde und obwohl die Verhandlungsführer am 3. Dezember 2020 eine politische Einigung über ein neues Post-Cotonou-Abkommen erzielten, vermochte die EU die Corona-Krise – anders als China - nicht zu nutzen. Während China zeitnah seinen afrikanischen Partnern mit Impfstoff und Hilfe zur Seite stand, war die EU erst einmal mit ihren eigenen Problemen beschäftigt. Die Afrikanische Union (AU) fühlte sich in Stich gelassen und beeilte sich, die Schaffung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) voranzutreiben, die es ihr

ermöglichen soll, als Block – von Kontinent zu Kontinent - Partnerschaften auf Augenhöhe mit anderen auf der ganzen Welt auszuhandeln.

2. Hauptanliegen des EU-Afrika Gipfels

Ein vollständiges Zurücksetzen des paternalistischen ‚EU-Partnerschaftsdialogs', und ein Neuanfang eines Dialogs auf Augenhöhe ist überfällig. An Themen mangelt es nicht. In den kommenden Jahren stehen, abgesehen von den Folgen der Covid-19-Krise und der traditionellen Ausrichtung der Verhandlungen auf globale Transformationen, weitere dringende Anliegen zur Diskussion. Zum Beispiel, die Verlagerung des weltweiten Augenmerks, weg von der bisherigen Orientierung an der (post-) kolonialen Euro-Atlantischen, hin zur Asiatisch-Pazifischen Handelszone sowie ein zunehmender Trend zur Multipolarität und eine Vertiefung der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den Ländern. Dies erfordert auch eine verbesserte Zielrichtung und Wirksamkeit der EU-Politik, insbesondere eine gleichberechtigte Partnerschaft mit gemeinsam festgelegten Zielen und ergebnisorientierten Verfahren, einschließlich effektivem Monitoring und Evaluation (Kaul, 2020).

Obwohl noch viele offene Fragen offen sind, ist ziemlich sicher, daß die afrikanischen Akteure sich nicht mehr nach der bisher praktizierten ‚Teile- und Herrsche' Strategie der ehemaligen europäischen Kolonialmächte ausmanövrieren lassen. Der tradierte Gegensatz zwischen dem Anglophonen und Frankophonen Afrika wird zwar nicht von heute auf morgen verschwinden, aber die AU befürwortet zunehmend Partnerschaftsverhandlungen *en bloc*, von Kontinent zu Kontinent, mit der EU und anderen Global Players. Die ‚Agenda 2063' der Afrikanischen Union (AU) dient dabei als Blaupause zur angestrebten Umwandlung Afrikas in eine Weltmacht (Forysinski & Emmanuel, 2020).

Die Bewältigung der Corona-Krise wird trotzdem kurz- und mittelfristig die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika prägen. Sie wird auch die EU Migrations- und Entwicklungspolitik gegenüber Afrika vor dem Hintergrund der zunehmenden geopolitischen und wirtschaftlichen Konkurrenz mit China, den USA, Rußland und anderen globalen Akteuren maßgeblich strukturieren.

Die Europäische Kommission hat zusammen mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst im März 2020 eine gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat über eine neue EU-Afrika-Strategie bekanntgegeben. Sie befaßt sich mit fünf Partnerschafts-Bereichen die im Einklang stehen mit den Prioritäten, die als Grundlage für Diskussionen auf dem kommenden 6. EU-Afrika-Gipfel 2021 festgelegt wurden (UNIDO, 2020):

(1) Eine Partnerschaft für umweltfreundliche Transformation und Zugang zu Energie
(2) Eine Partnerschaft für die digitale Transformation
(3) Eine Partnerschaft für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung
(4) Eine Partnerschaft für Frieden und Gute Regierungsführung
(5) Eine Partnerschaft für Migration und Mobilität

Weitere wichtige Punkte auf der Tagesordnung des kommenden Gipfeltreffens könnten die folgenden Themen sein (DIE, 2020):

• Die ‚Agenda 2063' der AU - wie kann man sie zu einem Game-Changer machen?

• Welchen Beitrag kann die EU leisten, damit die angestrebte afrikanischen kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) bald umgesetzt wird?
• Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit in der internationalen Klimapolitik?
• Welche Rolle spielt ein europäisch-afrikanischer Green Deal?
• Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit bei der Energiewende?
• Agenda für eine AU-EU-Investitionspartnerschaft
• Einrichtung einer digitalen Partnerschaft zwischen der EU und der AU in Bezug auf nationale Entscheidungsträger, Unternehmer, Innovatoren und Investoren, Hochschulen und Think Tanks sowie internationale Organisationen [5]

2.1 Demokratisierung und Menschenrechtsschutz

Die Menschenrechtsfrage, die die EU seit dem Ende des Kalten Krieges Anfang der 1990er Jahre in ihren Beziehungen zu Afrika - im Gegensatz zu China oder Rußland – als wesentliches Kriterium der Zusammenarbeit verstärkt berücksichtigt, gestaltet einen partnerschaftlichen Dialog besonders schwierig, da sie Fragen der Souveränität und der afrikanischen Entscheidungsfreiheit aufwirft. Letztendlich ist es Sache der afrikanischen Staats- und Regierungschefs selbst, zu entscheiden, ob ‚restriktive Maßnahmen', wie sie in der Vergangenheit auf EU-Gipfeltreffen angewandt wurden, z. B. in Bezug auf die viel kritisierte Einladung einiger der berüchtigtsten (d. h. korrupten oder menschenrechtsverletzenden) afrikanischen Führer wie Umar al-Bashir (Sudan), Eyadema Gnassingbé (Togo) und Robert Mugabe (Simbabwe), immer noch angebracht sind. Bisher verfolgte die EU eher einen pragmatischen Ansatz, indem sie diese Staats- und Regierungschefs in die Gipfeltreffen einbezog, anstatt sie zu sanktionieren und auszuschließen (Wyk, 2018). Jedes Element solcher ‚restriktiven Maßnahmen' beeinflußt jedoch ausnahmslos beide Partner, wenn auch nicht notwendigerweise auf dieselbe Weise oder mit derselben Wirkung, da sie miteinander verflochten sind (Kotsopoulos & Mattheis, 2018). Diese Verstrickungen aufzulösen wäre ein Ansatzpunkt, der zur Neukalibrierung afrikanischer und europäischer Perspektiven verwendet werden könnte.

Eng verbunden mit der Menschenrechtsfrage ist die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure (CSA) in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika. Dazu wäre es allerdings erforderlich, über das Konzept und die Rolle der Zivilgesellschaft, unter gebührender Berücksichtigung dessen europäischen Ursprungs, nachzudenken. Eine gemeinsame Erarbeitung der relevanten Parameter für das Verständnis des Konzepts der Zivilgesellschaft im EU-Afrika-Kontext könnte in ein neues Verständnis, Wertschätzung und letztendlich Neudefinition der Rolle der CSA münden. Dabei sollte der afrikanische Blickwinkel, unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Corona-Krise und der EU-Post-Brexit-Probleme, als Blaupause für die Zukunft dienen (Madu, 2020).

Ebenso ist auch das Gewicht weiterer nichtstaatlicher Akteure, einschließlich der Wirtschaftsverbände und Unternehmen, bei der Gestaltung der Konturen der wirtschaftlichen Globalisierung, sowie der zwischenstaatlichen Machtverhältnisse und der Achtung der Souveränität, unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen von COVID-19 zu berücksichtigen. Schließlich sind im Wettlauf um die Ressourcen Afrikas die Beachtung der

[5] Die vorgeschlagenen Webinare und Strategiepapiere wurden gemeinsam vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE, Bonn), dem Afrikanischen Zentrum für wirtschaftliche Transformation (ACET, Accra), dem Europäischen Zentrum für Entwicklungspolitik Management (ecdpm, Brüssel) und der European Think Tanks Group (ETTG, Brüssel) entwickelt. Die Grundidee dieser Konzepte besteht darin, afrikanische und europäische Entscheidungsträger, Wissenschaftler und Vertreter des Privatsektors und der Zivilgesellschaft zusammenzubringen, um Konvergenz-Kriterien zu identifizieren und gemeinsame Lösungen und Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zu entwickeln (DIE, 2020).

Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes sowie die Achtung der Souveränität unter Vermeidung eines Neokolonialismus in Afrika unabdingbar (Langan & Price, 2020).

2.2 Frieden und Sicherheit im Kontext der EU-Afrika Beziehungen

Die Rolle der EU im Kontext der afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur ist komplexer als die anderer Global Player. Die Europäer haben schon allein wegen ihrer Mitverantwortung für die anhaltenden Auswirkungen ihrer (Neo-)Kolonialpolitik eine höhere Verpflichtung zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit. Dies betrifft nicht nur die militärische Sicherheit und die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Dazu gehören auch Fragen der generellen Sicherheit der Lebensbedingungen des Mensch und eines nachhaltigen Umweltschutzes, sowie Migrationsfragen, einschließlich der Fragen nach afrikanischer Agency und Post-Kolonialität (Steager & Gwatiwa, 2020). So plädieren die EU und ihre Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich im ureigenen Interesse an der Aufrechterhaltung seiner ‚*chasse gardée*' des *Françafrique*, dafür, Sicherheit mit Entwicklung und Institutionenaufbau sowie der Demokratisierung zu verbinden. Diese europäische Partnerschafts-Vision untermauert einen ganzheitlichen Ansatz, der beispielsweise als umfassender Ansatz der EU für externe Konflikte und Krisen von 2013, als Globale Strategie 2016 (Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union) und als neuer europäischer Konsens 2017 über die Entwicklungspolitik der EU, inklusive einer gemeinsamen Strategie zur Beseitigung der Armut, umgesetzt wird (Steager & Gwatiwa, 2020). Die EU stützt sich dabei stark auf die UN-Politik, sie wurde ab Anfang der 2000er Jahre von westlichen Regierungen besonders gefördert, indem sie zunehmend die Zusammenhänge zwischen Entwicklung und Sicherheit zum gegenseitigen Nutzen europäischer und afrikanischer Akteure betonte. Die Vereinten Nationen haben auch dazu beigetragen, eine enge Zusammenarbeit zwischen europäischen und afrikanischen Partnern zu fördern, insbesondere in Sicherheitsfragen (Steager & Gwatiwa, 2020). Für die AU diente das Mantra einer afrikanischen Lösung afrikanischer Probleme jedoch häufig als Ausrede, um unbequeme Lösungen auf die lange Bank zu schieben.

2.3 Regionale Integration

Die Förderung der regionalen Integration Afrikas ist seit Jahrzehnten ein gemeinsames Ziel der EU und Afrikas. Die AU ‚Agenda 2063' gab diesen Bemühungen einen zusätzlichen Schub. Denn die regionale Integration wird darin als notwendiger erster Schritt zu einer gemeinsamen afrikanischen kontinentalen Freihandelszone definiert (AfCFTA) (Piccolino, 2020; Kohnert, 2019). Unabweislich hängt die Corona-Krise ebenfalls signifikant mit der regionalen Integration zusammen, da ein Versäumnis, das Virus in einem Land einzudämmen, letztendlich die Sicherheit aller anderen Länder gefährdet. Dies erfordert eine länderübergreifende koordinierte Politik der afrikanischen regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs), wie der ECOWAS, WAEMU (UEMOA), COMESA und SADC, bei der Gestaltung kollektiver, koordinierter regionaler Maßnahmen. Anscheinend war die AU mit ihrem Aufruf zur internationalen Solidarität und zu kollektiven Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie bereits erfolgreich (Medinilla & Byiers & Apiko, 2020). Auf regionaler Ebene spiegeln afrikanische Reaktionen auf die Corona-Krise ein breites Spektrum der Zusammenarbeit wider, das vom Informationsaustausch bis zur aktiven Koordinierung staatlicher und kollektiver Maßnahmen reicht. Die Leistung verschiedener RECs hing nicht zuletzt von ihrer spezifischen regionalen und institutionellen Geschichte,

sowie strukturellen Merkmalen wie der Größe und Kohärenz der REC sowie der jeweiligen politischen Wirtschaftsdynamik der Mitgliedsländer ab. Zumindest in Westafrika profitierten staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure zudem von früheren Erfahrungen im Umgang mit der westafrikanischen Ebola-Epidemie (2014-2016) (Medinilla & Byiers & Apiko, 2020).

2.4 Ein neuer EU-Afrika Beschäftigungspakt

Afrika braucht nachhaltige und existenzsichernde Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere auch für die afrikanische Jugend (AU, ‚Agenda 2063‘). Hierzu bedarf es ökonomischer Aktivitäten die auf dem Weltmarkt bestehen können. Dies kann mit der herkömmlichen (neo)kolonialen Arbeitsteilung, mit Afrika als Rohstofflieferant einerseits, und der EU als Lieferant von Industrie- und modernen Konsumgütern andererseits, nicht erreicht werden. Vielmehr ist ein sozial inklusives Wachstum und ein grundlegender beschäftigungswirksamer Strukturwandel nötig. Dieser beinhaltet vor Allem eine intensivierte Landwirtschaft, eine arbeitsintensive, aber trotzdem produktive verarbeitende Industrie und einen effizienten Dienstleistungssektor (Rauch, 2021). Ohne eine entsprechende Neuorientierung der Außenwirtschaftspolitik der afrikanischen Länder und Abbau der europäischen Dumpingpolitik, hin zu fairem Handel und massiven ausländischen Direktinvestitionen (FDI) ist solch ein Strukturwandel kaum möglich. Es läge im Eigeninteresse der EU, als bedeutendstem Haupthandelspartner Afrikas, diesen Wandlungsprozeß aktiv und partnerschaftlich zu fördern. Wichtige Elemente eines EU-Afrika Handels- und Investitionsabkommen wären (Rauch, 2021):

(1) Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse (z.B. überzogene Qualitätsstandards).
(2) Schutzzölle zum Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft.
(3) Investitionsabkommen
(4) Begleitende Unterstützung im Rahmen der Entwicklungshilfe, z.B. im Forschungs-, Ausbildungs- und Infrastrukturbereich

Darüber hinaus erfordert eine partnerschaftliche und faire Außenhandels- und Investitionsförderung eine Anpassung an die jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen Afrikas, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, inklusive der Berücksichtigung der aktuellen Beeinträchtigung durch die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen der Corona-Krise. Auch hier ist ein länderübergreifender regionaler Ansatz unabdingbar, da das Virus Grenzen nicht berücksichtigt. Dies schließt eine humane Einwanderungspolitik ein, da die afrikanische Migration sowohl innerhalb Afrikas als auch nach Europa unter den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise wahrscheinlich weiter zunehmen wird. Wichtige Eckpfeiler der Migrationsabkommen zwischen der EU und Afrika wären (Rauch, 2020) die folgenden drei Punkte:

(1) Bekämpfung der Migrationsursachen
(2) Schaffung legaler Zugangswege, einschließlich zirkulärer Migration, auch für gering qualifizierte Arbeitskräfte, und
(3) Rückkehr-Garantien für irreguläre Migranten.

2.5 Gemeinsame Umwelt- und Landwirtschaftpolitik

Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf Bevölkerung, Politik, Wirtschaft und Umwelt spielen auch in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika eine immer wichtigere Rolle. Afrika‘s Agency gewinnt zunehmend Gehör auf dem internationalen Parkett (Lightfoot,

2020). Die Prioritäten der Afrikanischen Union (AU) sind dabei nicht unbedingt die gleichen wie die von der EU geförderten, insbesondere nicht die, der in der gemeinsamen EU-Afrika Strategie, die auf dem 2. EU-Afrika-Gipfel 2007 in Lissabon vereinbart wurden. Die bisherigen europäische Ansätze spiegeln ein signifikantes Machtungleichgewicht innerhalb der Beziehungen zwischen Afrika und der EU wider, da die Regeln, die die Beziehungen bestimmen, weitgehend die der EU widerspiegeln.

Ein künftiger Dialog auf Augenhöhe könnte zudem neuen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Afrika Chancen bieten, die sich wiederum auch auf die Strategie der EU auswirken würden. Eng verwandt ist die Notwendigkeit einer neuen Agrar- und Grunderwerbspolitik in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika, die weit über das langjährige Streben nach afrikanischen Ressourcen hinausgeht. Die Rohstoffgewinnung, die bisher auf einer weitverbreiteten Enteignung und Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung beruhte, stand seit dem Aufkommen des europäischen Kolonialismus, dessen Einfluß bis heute anhält, im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen Europa und Afrika (Lahiff, 2020).

Insbesondere stehen zwei wichtige Verhandlungsprozesse der EU mit Afrika an (Kappel, 2020): Erstens eine umfassende EU-Strategie für Afrika (CSA) und zweitens eine Ersetzung des Cotonou-Abkommens, das spätestens im November 2021 ausläuft (siehe oben). Die CSA weist bisher jedoch gravierende konzeptionelle Schwächen auf. Nicht nur, weil europäische Interessen nur vage formuliert sind. Es ist weder klar angegeben, ob es sich um geostrategische Maßnahmen gegenüber China, den USA und den Schwellenländern handelt, noch werden eindeutig Prioritäten gesetzt. Ob die EU nur europäische Investitionen fördern oder in erster Linie zum Klimawandel oder zur Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit beitragen will ist unklar. Die CSA ist eher ein Bündel von Visionen, die von Digitalisierung über grüne Wirtschaft bis hin zu Handelsfragen reichen, ohne sie in eine in sich konsistente Strategie zu integrieren. Daher sollte die CSA erheblich überarbeitet werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß afrikanische Länder und ihre Institutionen ihre eigene Agenda verfolgen, und daß globale Machtverschiebungen anerkannt werden müssen (siehe oben). Themen sollten nicht auf Finanzströme, Umstrukturierung des Handels, Lösung von Krisen und Pandemien, Bekämpfung des Terrorismus oder verantwortungsvolle Staatsführung beschränkt sein. Es geht um einen grundlegenden Richtungswechsel, der die traditionelle Abhängigkeit zwischen Europa und Afrika beendet. Daher sollte sich das europäische Engagement auf neue Themenbereiche konzentrieren, die sich deutlich von den geostrategischen Maßnahmen Chinas, Rußlands, der USA und anderer Schwellenländer im Kampf um Afrikas Ressourcen unterscheiden. Die folgenden fünf Punkte fassen diese Erfordernisse kurz zusammen:

(1) Neue Agrarpolitik
(2) Unterstützung von Transformationsprozessen
(3) Verknüpfung ausländischer Direktinvestitionen mit lokalem Unternehmertum
(4) Neuausrichtung der Handelsbeziehungen
(5) Schuldenerlaß und Umstrukturierung der CFA-Zone.

3. Der Einfluß des Brexit auf die EU-Afrika Beziehungen

Hochfliegende Illusionen der Befürworter und düstere Vorhersagen der Skeptiker haben die Kontroverse um den Brexit geprägt. Die fünf Hauptprobleme, die für die Beziehungen zwischen Großbritannien, der EU und Afrika nach dem Brexit auf dem Spiel stehen, sind folgende: Marktzugang, ausländische Direktinvestitionen, Hilfe, Sicherheit und Art der Partnerschaft.

Die Vision der britischen Regierung von einem „Globalen Britannien“ beruht in hohem Maße auf der verstärkten Zusammenarbeit mit Commonwealth-Staaten, nicht zuletzt mit denen der afrikanischen ‚Anglosphäre‘ (Gamble, 2021; McDougall, 2019; Wellings, 2019). Der Begriff der ‚Anglosphäre‘ bezieht sich auf seit langem geführte Überlegungen mit dem Ziel, die englischsprachigen Gemeinschaften auf der ganzen Welt zu vereinen. Die ‚Anglosphäre‘ spricht viele Brexiteers vor allem deswegen an, weil sie ihnen eine positiv besetzte Vision vom ‚Globalen Britannien‘ als Alternative zur EU-Mitgliedschaft vermittelt. Was dabei jedoch ignoriert wird, ist die mangelnde Unterstützung der afrikanischen Anglosphären-Länder für engere Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht, abgesehen vom Sicherheitsbereich. Außerdem entsprechen die in Aussicht gestellten, Brexit-induzierten verstärkten wirtschaftlichen Beziehungen und Profite, in keiner Weise dem, was Großbritannien verlieren wird, wenn es sich von seinem wichtigsten Wirtschaftspartner, der EU, trennt. Daher sind die Erwartungen der Brexiteers und der afrikanischen Politikern die ihnen folgen, in Bezug auf eine mit dem Brexit einhergehende verbesserte, partnerschaftliche Commonwealth-Beziehung weitgehend unbegründet. Obwohl das Vereinigte Königreich nach dem Brexit die Auswahl der afrikanischen Länder in Bezug auf bevorzugte Handelspartner erweitern wird, bleibt fraglich, ob London etwas Neues anbieten könnte, das andere Global Player mit zunehmendem Interesse an Afrika, wie beispielsweise China, noch nicht auf ihrer Tagesordnung haben (Kohnert, 2018).

Darüber hinaus gibt es zusätzliche, bisher zu wenig beachtete Konsequenzen des Brexit für das frankophone Afrika. Selbst eine Wiederbelebung und Stärkung des korrupten französischen post-kolonialen Patronage-Netzwerks des ‚*Françafrique*‘ kann diesbezüglich nicht ausgeschlossen werden (Kohnert, 2019). Während die Auswirkungen des Brexit auf das anglophone Afrika ein wichtiges Thema in den kontroversen britischen Diskussionen über die Vor- und Nachteile des Brexit waren, vernachlässigt Politik und Wissenschaft mögliche Auswirkungen auf das französischsprachige Afrika. Es wurden höchstens indirekte allgemeine Auswirkungen sowohl für das ehemalige britische Empire in Afrika als auch für die ehemaligen französischen Kolonien erwähnt. Auf der anderen Seite wurden die Brexiteers nicht müde, sich nach der Wiederherstellung des ruhmreichen britischen Empire zu sehnen, eine Illusion, die vermutlich auf einen euphorischen und überambitionierten Multi-Experten-Bericht der britischen Africa All-Party Group (APPG, London) zurückgeht, der von der Royal African Society finanzierte wurde. Er nimmt Stellung zur Handelspolitik und Entwicklungshilfe zwischen Afrika und Großbritannien nach dem Brexit ohne auf das konkurrierende frankophone Afrika zu berücksichtigen. Die ‚*chasse gardée*‘ des ‚*Françafrique*‘ wird von der Dominanz des afrikanischen Commonwealth zwar in den Schatten gestellt, sie ist aber bis heute sehr lebendig, obwohl sie schon vielmals totgesagt wurde. Es ist ein integriertes politisches, militärisches, wirtschaftliches und finanzielles System der Venalität auf dem gesamten Kontinent, das französischen und afrikanischen politischen und geschäftlichen Eliten dazu dient, sich auf Kosten ihrer Bürger zu bereichern. Zur wirtschaftlichen Abschottung dieses Netzwerkes dient eine eigene neo-koloniale Währung, der CFA Franc, eine Währung, die seit Jahrzehnten eingeschränkten Wettbewerb und außerordentliche Gewinne für die Nutznießer garantiert. So setzte sich die postkoloniale Abhängigkeit fort, einschließlich der Plünderung von Rohstoffen, mit der Komplizenschaft korrupter afrikanischer Staatsoberhäupter und Diktatoren. Letztere wurden oft von Paris hofiert und sowohl politisch als auch militärisch gestützt, eine Kumpanei, die diesen Machthabern aber auch selbst Macht im Ränkespiel der Diplomatie der Metropole gab, bis hin zur Beeinflussung der Wahl des französischen Staatschefs. Beispiele sind die Eskapaden des berüchtigten "Kaisers" Bokassa der Zentralafrikanischen Republik in den 1970er Jahren, die jahrzehntelange Plünderung der Ressourcen seines Landes durch Omar Bongo in Gabun (nach seinem Tod, 2009, von seinem Sohn Ali Bongo erfolgreich fortgeführt) oder des togoischen Diktators Eyadéma Ganssingbé, weitergeführt von dessen Thronfolger Faure Gnassingbé, der von Frankreich weiterhin gestützt wird. Auch die jüngst wieder aus

aktuellem Anlaß thematisierte Patronage zwischen dem libyschen Colonel Muammar al-Gaddafi und dem französischen Staatspräsident Nicolas Sarkozy gehört dazu.

Angesichts des fehlenden Gegengewichts Großbritanniens innerhalb der EU im Falle des Brexit könnten das im Trüben fischende Netzwerk des *Françafrique* oder alternative zwielichtige ähnliche Netzwerke von Korruption, Menschenhandel und Geldwäsche, nunmehr unbehindert durch den mäßigenden Einfluß des UK in Bezug auf die EU-Afrikapolitik, im frankophonen Afrika wiederbelebt und konsolidiert werden, insbesondere in ressourcenreichen Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo.

Der Brexit könnte Afrika jedoch auch dazu inspirieren, eine Debatte über seine Souveränität, einschließlich Justiz- und Währungsfragen, wieder aufzunehmen. Zum Beispiel in Bezug auf die langjährige Kontroverse um den zunehmend anachronistischen CFA-Franken. Tatsächlich hat die Debatte bereits begonnen. Sie wurde von international renommierten afrikanischen Wirtschaftspolitikern und Kritikern des CFA-Frankens unterstützt, darunter dem togoischen Kako Nubukpo (ehemaliger Chef der Zentralbank der westafrikanischen Staaten - BCEAO - und ehemaliger togolesischer Minister), Senegal‘s Sanou Mbaye (ehemals leitender Beamter der African Development Bank), Carlos Lopes aus Guinea-Bissau (ehemals Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika) sowie afrikanische Banker wie der Gabunese Henri-Claude Oyima (Generaldirektor der BGFI Bank). Außerdem hat sich seit einigen Jahren eine soziale Bewegung entwickelt, die den Rückzug afrikanischer Staaten aus dem CFA Frank fordert. Am 7. Januar 2017 organisierte beispielsweise eine von dem franko-beninischen Aktivisten Kemi Séba mit Unterstützung von „*SOS Pan-Africa*“ gegründete und betriebene NGO Anti-CFA Demonstrationen in mehreren afrikanischen und europäischen Städten. Im Senegal setzt sich die *France Dégage* Gruppe für die Währungssouveränität der CFA-Länder ein. Am 20. Mai 2020 verabschiedete Frankreich endlich einen Gesetzentwurf, wonach die BCEAO, die die Währung der acht Staaten der UEMOA verwaltet, die den westafrikanischen CFA-Franken verwenden, nicht länger die Hälfte ihrer Devisenreserven beim Finanzministerium in Paris hinterlegen muß. Darüber hinaus verpflichtete sich die französische Regierung, sich aus allen Leitungsgremien der BCEAO zurückziehen. Dies war der zweite Schritt zum Abdanken des CFA-Frankens und seiner Ersetzung durch eine einheitliche neu zu schaffene westafrikanische Währung namens ‚Eco‘.

4. Der Einfluß der Corona-Krise auf die EU-Afrika Beziehungen

Die wichtigsten Herausforderungen, denen sich die EU im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gegenübersieht, sind die enge Verbindung zwischen dem Erhalt der innerer Einheit der EU und die Fähigkeit, weltweit ihre politische, wirtschaftliche und auch militärische Macht wahrzunehmen. Die EU kann nur dann glaubwürdig systemische Rivalitäten mit Ländern wie China und Rußland eingehen, wenn sie ihre eigenen Werte innerhalb ihrer eigenen Grenzen verteidigen kann. Die Pandemie hat außerdem unterstrichen, daß die EU an ihrer strategischen Souveränität arbeiten muß, und daß ihre globale Führungsrolle jetzt mehr denn je benötigt wird (Koenig & Stahl, 2020). Die EU-Auslandeinsätze tendieren dazu, über die frühen Phasen der Krisenreaktion hinaus kohärenter und wirksamer zu werden. Der Vergleich der Bewältigung der Corona-Krise mit EU-Konkurrenten wie den USA, China, Rußland und anderen globalen Akteuren zeigt, daß die verstärkte strukturelle, regulatorische und normative Macht der EU wahrscheinlich auch nach dieser Krise weltweit nachgefragt sein wird. Dies betrifft ebenfalls zunehmende Investitionen in Forschung und Entwicklung (inklusive dem Gesundheitssektor) sowie aktive Wissenschaftsdiplomatie. Außerdem ist eine schnelle nachhaltige Reaktionen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit erforderlich, die langfristige Ziele für den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise sowie eine verbesserte Informationspolitik mit stärkerer Öffentlichkeitsarbeit bereit

stellt, damit die EU ihre Position als wichtigster und partnerschaftlich orientierter Partner für Afrika zuverlässig behaupten kann (Brugner & Schuch, 2020).

Covid-19 bietet der EU eine neue Gelegenheit, eine ausgewogenere und pragmatischere Partnerschaft mit Afrika aufzubauen und den gemeinsamen Interessen zu dienen. Insbesondere sollten beide Partner neue Einbeziehungsmechanismen definieren, an denen auch der Privatsektor und die Zivilgesellschaft beteiligt sind (Jaidi, 2020). Die größte Herausforderung wird jedoch darin bestehen, daß beide Partner einen Weg finden, um diese Probleme effektiv und einheitlich anzugehen, trotz der politischen Spaltungen und Spannungen, die durch Konflikte und Fragilität sowohl innerhalb als auch zwischen beiden Blocks entstehen, und die durch die Pandemie noch verstärkt werden. Die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in der Sahelzone, die Krisen am Horn von Afrika und in Libyen, aber auch die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen von Covid-19 führen zu Konflikten, die einen erfolgreichen Partnerschaftsprozeß erschweren könnten. Es ist zudem nicht auszuschließen, daß zukünftig die Bedenken wichtiger globaler Akteure, wie Frankreich, Rußland, der Türkei oder regionaler Akteure der zweiten Ebene, die Agenda der EU-Afrika Beziehungen beeinträchtigen werden (Jaidi, 2020).

Die Covid-19-Krise bietet jedoch auch die Möglichkeit, die bisherige Politik zu überdenken und neue gemeinsame Handlungsfelder in den Blick zu nehmen, z.B. die menschliche gesundheitliche Sicherheit und die regionale Solidarität zwischen den beiden Kontinenten. Das Fortbestehen der Pandemie unterstreicht weiterhin die gegenseitige Abhängigkeit von Schwachstellen des Partnerschaftsprozesses und die Notwendigkeit von deren Überwindung wozu ein konsequenter, umfassender und nachhaltiger Partnerschaftsrahmen unabdingbar ist. Neben gesundheitlichen und humanitären Bedenken haben viele Politiker und Wissenschaftler Befürchtungen hinsichtlich der politischen Stabilität, der staatlichen Konsolidierung und der Sicherheit Afrikas geäußert. Die Covid-19 Krise erfordert innovative angepaßte Reaktionen, ein ‚Weitermachen wie bisher' wäre kontraproduktiv. Die langfristigen Aspekte der Krise erfordern eine Politik der Resilienz, die über unmittelbare Maßnahmen der wirtschaftlichen, sozialen oder finanziellen Unterstützung hinausgeht (Jaidi, 2020). Obligatorisch ist ein einheitlicher und nachhaltiger Ansatz. Jedes Versäumnis, die Pandemie auf einem Kontinent oder Land einzudämmen, gefährdet letztendlich die Sicherheit anderer (Medinilla & Byiers & Apiko, 2020).

5. Konkurrierende Hauptakteure: der China-Effekt

Der Aufstieg des Populismus in Europa, die irreguläre Migration von Afrika nach Europa und der zunehmende Eindruck in Afrika vom Niedergang der der Vormachtstellung Europas führen zu einer grundlegenden Veränderung der Beziehungen zwischen der EU und Afrika. Die alte Weltordnung wird angefochten und grundlegende ehemalige Prinzipien in Frage gestellt (Hodzi, 2020)). Afrika nutzt die aufblühenden Beziehungen zu China, um seine Macht zu stärken und Gleichheit auf dem internationalen Parkett einzufordern. Die Wahrnehmung des Wettbewerbs und der Rivalität zwischen China und der EU durch afrikanische Staats- und Regierungschefs erhöht ihre Verhandlungsmacht gegenüber der EU.

Die chinesische Hilfe sowie politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit beruhen auf dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie der Achtung der afrikanischen Souveränität. Doch abgesehen davon, tendiert Peking dazu, kommerzielle Interessen mit konditionierten Krediten zu vermischen. Dies findet in der Regel statt in einem nachfrageorientierten Prozeß der Zuteilung von Hilfe, der sich häufig auf die Hilfe vor Ort auswirkt, die sich von der europäischer Geber unterscheidet (Isaksson & Kotsadam, 2021). Die Vermischung von Konzessionsfinanzierungen mit anderen Finanzströmen, die typisch ist

für chinesische Hilfsprogramme, macht es schwierig, zwischen kommerziellem Gewinn und Entwicklungshilfe zu unterscheiden. In den meisten Fällen umfassen chinesische Projekte beides. Das auf Nachfrage basierende chinesische Hilfesystem bietet den Empfängerländern zudem die Möglichkeit, die Hilfe strategisch zu kanalisieren und für parteiische Innenpolitik zu nutzen, indem die Mittel vor Ort zugunsten von Patronage-Netzwerken des Amtsinhabers verteilt werden. Bei Wahlen können so die Wähler diejenigen Führer belohnen, die Entwicklungshilfe in ihr Heimatgebiet leiten. Wenn also ethnische oder lokale Wahlmotive im politischen Machtspiel mobilisiert werden, könnte der Wettbewerb um den Zufluß von Hilfe generell die Ethnisierung von Politik befördern. Vermeintliche oder tatsächliche ethnische Bevorzugung bei der Bereitstellung von Hilfe können so zu ethnischen Konflikten und sozialen Unruhen führen. Darüber hinaus ist es nicht auszuschließen, daß die Besonderheiten chinesischer Hilfe die lokale Korruption anheizt und die Einbeziehung von der Gewerkschaften oder CSOs verhindert (Isaksson & Kotsadam, 2021).

Daher muß die EU ihre eigene Afrika-Politik anpassen, wenn sie ihr Renommee nicht auf's Spiel setzen will (Babarinde, 2020). Die oben dargestellte Gemeinsame EU-Afrika Strategie bildet den Rahmen für die Entwicklung, die bisher auf einem neoliberalen und neorealistischen Diskurs zur Erklärung der dauerhaften Beziehung beruhte. Davon abgesehen, ist das Verhältnis zwischen der EU und Afrika immer noch zutiefst asymmetrisch, trotz der Partnerschafts-Rhetorik der EU (Babarinde, 2020).

Daher erscheinen die Auswirkungen des Engagements Chinas in Afrika auf die Beziehungen zwischen der EU und Afrika relevanter denn je. Chinas ‚*One Belt, One Road*' (OBOR) Initiative oder die neue chinesische ‚Seidenstraße', einschließlich des Seeweges, der an der Küste Ostafrikas vorbeiführt, wo bereits von China mehrere Häfen gebaut werden, bis hin zum Suezkanal, ist nicht der einzige Zugangsweg. Ein weiterer zieht sich an der Küste Zentralafrikas bis hin zum Golf von Guinea in Westafrika (Schwerbrock, 2017; Breuer, 2017). Dort werden chinesische Handelszentren für die Ausfuhr von Rohstoffen und neue Absatzmärkte für Güter und Dienstleistungen ‚*made in China*' geschaffen, wie z.B. der Tiefwasserhafen von Lomé (Togo). Sie dienen zusätzlich als Zugangswege zu afrikanischen Binnenstaaten. Häfen wie Lomé oder Lagos (Nigeria) sollen nach der bisherigen Planung der Chinesen durch von China gebaute Straßen- und Eisenbahnnetze mit dem afrikanischen Hinterland verbunden werden, wodurch tatsächlich eine zweite chinesische Seidenstraße entstehen wird. Kurz, bei der Initiative ‚One Belt, One Road' Initiative geht es nicht nur um Eurasien, sondern in erheblichem Maße auch um Afrika!

6. Fazit

In den internationalen Beziehungen nehmen die Beziehungen zwischen der EU und Afrika aufgrund der gemeinsamen Kolonialgeschichte beider Partner und den daraus resultierenden gemeinsamen Wurzeln von Kultur und Gesellschaft eine einzigartige Position ein. Dies gilt nicht zuletzt hinsichtlich der gemeinsamen Amtssprache im Anglophonen und Frankophonen Afrika. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal und ein unschätzbarer Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Global Playern wie China, den USA und Rußland. Daher ist der Vergleich des EU-Afrika-Gipfels mit anderen Afrika-Gipfeln von Nicht-EU-Ländern nur von begrenztem Wert. Andererseits begünstigte die Komplexität der politischen Regime Afrikas - angesichts des erneuten globalen Kampfes um Afrika's Ressourcen - das politische Verhalten afrikanischer Führer, so, wie es als spezifischer Ausdruck afrikanischer Entscheidungsfreiheit in der Weltpolitik wahrgenommen wird, nämlich Forum-Shopping, Regimewechsel und strategische Manipulation gesellschaftlicher Werte zwecks Einwerbung von Entwicklungshilfe (Suh I, 2020).

Angesichts dessen könnte Afrika, zunehmend von anderen Partnern umworben, seine Beziehungen zur EU sukzessive einschränken und die Europäer als bloßen Anbieter von Hilfe und Sicherheit gegen den islamischen Terrorismus betrachten. Indes wird das Potential engerer Beziehungen zwischen der EU und Afrika durch die Pfadabhängigkeit begrenzt, in der beide Partner weitgehend gefangen bleiben (Bossuyt, 2017).

Externe Ereignisse, wie der Brexit und der daraus resultierende Austritt Großbritanniens aus der EU-Afrika Politik, sowie das sich damit als konkurrierender Akteur in afrikanischen Angelegenheiten profilierende UK, ebenso wie die Corona-Krise, könnten neue Perspektiven bieten, um aus dieser Falle herauszukommen und nachhaltigere sowie gleichberechtigtere ‚Wege des Wandels' zu finden. Es wäre jedoch unrealistisch zu erwarten, daß diese Änderungen in kurzer Zeit eintreten werden, da die neue EU-Afrika-Strategie von den EU-Mitgliedstaaten noch nicht einmal ratifiziert wurde und selbst die Erneuerung des im November auslaufende Cotonou-Abkommen noch in den Sternen steht.

Literaturhinweise

Babarinde, Olufemi (2020): New directions in EU-Africa development initiatives. in: Beringer, Sarah L. & Sylvia Maier & Markus Thiel (eds.): EU development policies between norms and geopolitics. London: Springer, International Political Economy Series book series (IPES), pp. 111-134

Breuer, Julia (2017): Two belts, one road ? The role of Africa in China's belt & road initiative. *Blickwechsel*, July 2017: 1-8

Brugner, Philipp & Klaus Schuch (2020): The EU's global response to the COVID-19 crisis with a focus on the Eastern Neighbourhood and Africa. Vienna: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, 03 June 2020

Bossuyt, J. (2017): Can EU-Africa relations be deepened? A political economy perspective on power relations, interests and incentives. Brussels: *ecdpm*, Briefing Note 97

Derek McDougall (2019) English Nationalism, Brexit and the Anglosphere:Wider Still and Wider, *The Round Table*, 108:6, 725-727 ----- Review of: Wellings, Ben (2019) English Nationalism, Brexit and the Anglosphere:Wider Still and Wider. Manchester: Manchester University Press, 2019, ix +205 p

Flint, Karen (2021): "Africa Isn't a Testing Lab": Considering COVID Vaccine Trials in a History of Biomedical Experimentation and Abuse. *Journal of West African History*, Vol. 6, Number 2, Fall 2020: 126-140

Forysinski, W. & A. Emmanuel (2020): EU-Africa relations - Towards a new comprehensive strategy with Africa. Between a rock an a hard place. *Przeglad Strategiczny*, 2020.13: 61-78

Gamble, Andrew (2021): The Brexit negotiations and the Anglosphere. *The Political Quarterly*, 04 January, 2021, online

Hermenegildo, R.S. & Alice Cunha (2021): Portugal and the 2021 counil preidency: an unambitious programme? Brussels: Trans-European Policy Studies Association, *TEPSA-Briefs*, January 2021, pp. 1-3

Herszenhorn, David M. (2021): Charles Michel: EU-Africa summit still up in the air. *Politico*, January 5, 2021

Hodzi, Obert (2020): The China effect - African agency, derivative power and renegotiation of EU-Africa relations. In: Haastrup, Toni & Niall Duggan & Luís Mah (eds.): *The Routledge handbook of EU-Africa relations*, London: Routledge, 1st ed., Dec. 31, 2020, pp. 256-265

Isaksson, Ann-Sofie & Andreas Kotsadam (2021): Chinese Aid to Africa: Distinguishing Features and Local Effects. Munich: cesifo-Forum, 2.2020, *Focus: How can Europe better contribute to Africa's economic transformation in a post-Corona era?*, July 2020, vol. 21, pp. 27-31

Jaidi, Larabi (2020): The challenges of Euro-African relations in the post-Covid-19 era. Rabat: Policy Center for the New South

Kaul, Inge (2020): Want to Take the Africa-EU Partnership to the Next Level? Press the Reset Button. Munich: cesifo-Forum, 2.2020, *Focus: How can Europe better contribute to Africa's economic transformation in a post-Corona era?*, July 2020, vol. 21, pp. 16-21

Kappel, Robert (2020): Zusammenarbeit Afrika-Europa: Die Chancen zur Neuorientierung nutzen. (blog)

Keijzer, Niels, & Alfonso Medinilla (2017): Can the EU prioritise both the African Union and the Africa, Caribbean and Pacific group? *European Think Tanks Group*, Brussels: ECDPM, November 2017

Kell, Fergus & Alex Vines (2020): The evolution of the Joint Africa- EU Strategy (2007– 2020). In: Haastrup, Toni & Niall Duggan & Luís Mah (eds.): *The Routledge handbook of EU-Africa relations*, London: Routledge, 1st ed., Dec. 31, 2020, pp. 105- 120

Köhler, Horst (2020): Crisis and credibility – Towards new honesty in EU-Africa relations. CESifo Forum, München, ifo Institut, Vol. 21, Iss. 02, pp. 11-15

Koenig, Nicole & Anna Stahl (2020): How the coronavirus pandemic affects the EU's geopolitical agenda. Hertie School, Jacques Delors Centre, *IPolicy Paper*, 24 April 2020

Kohnert, Dirk (2019a): Brexit and the Revival of Françafrique. ROAPE-blog. London: *Review of African Political Economy* (ROAPE), 19 June 2019

Kohnert, Dirk (2019): The ethics of African regional and continental integration. MPRA WP, No.95562

Kohnert, Dirk (2018): More equitable British post-Brexit Africa relations: doomed to fail?, *Africa Spectrum*, vol. 53., No. 2, pp. 119–130

Kotsopoulos, John & Frank Mattheis (2018): A contextualisation of EU–Africa relations: Trends and drivers from a reciprocal perspective, *South African Journal of International Affairs*, 25:4, 445-460

Lahiff, Edward (2020): Agriculture and land in EU-Africa relations. In: Haastrup, Toni & Niall Duggan & Luís Mah (eds.): *The Routledge handbook of EU-Africa relations*, London: Routledge, 1st ed., Dec. 31, 2020, pp. 336-348

Lightfoot, Simon (2020): Environment and climate change in the context of EU-Africa relations. In: Haastrup, Toni & Niall Duggan & Luís Mah (eds.): *The Routledge handbook of EU-Africa relations*, London: Routledge, 1st ed., Dec. 31, 2020, pp. 314 -323

Madu, Uzoamaka (2020): The role of civil society in EU- Africa relations . In: Haastrup, Toni & Niall Duggan & Luís Mah (eds.): *The Routledge handbook of EU-Africa relations*, London: Routledge, 1st ed., Dec. 31, 2020, pp. 324-335

Maurice, Paul (2021): Presidence Allemande du Conseil de l'UE : Quel bilan geopolitique ?, GéopoWeb.fr, 4 février 2021. Paul Maurice is research fellow at the Comité d'études des relations franco-allemandes.

Medinilla, Alfonso & Bruce Byiers & Philomena Apiko (2020): African regional responses to COVID-19. Brussels: *ecdpm*, DP No. 272, May 2020

Pelz, Daniel (2020): Africa-Europe relations: 2020 was a lost year. Bonn: DW, 20.11.2020

Piccolino, Giulia (2020): Regional integration. In: Haastrup, Toni & Niall Duggan & Luís Mah (eds.): *The Routledge handbook of EU-Africa relations*, London: Routledge, 1st ed., Dec. 31, 2020, pp. 188-201

Langan, Mark & Sophia Price (2020): Toward a post-Westphalian turn in Africa-EU studies? Non-state actors and sustainable development. In: Haastrup, Toni & Niall Duggan & Luís Mah (eds.): *The Routledge handbook of EU-Africa relations*, London: Routledge, 1st ed., Dec. 31, 2020, pp. 282-292

Rauch, Theo (2021): Für einen afrikanisch-europäischen Beschäftigungspakt. (blog) *Weltneuvermessung*,

Rauch, Theo (2020): Europäische Einwanderungspolitik: Jenseits von Zweckoptimismus und Panikmache (blog) *Weltneuvermessung*

Rottenburg, Richard (2009): Social and public experiments and new figurations of science and politics in postcolonial Africa, *Postcolonial Studies*, 12:4, 423-44

Schwerbrock, Julia (2017): Two Belts, One Road? The Role of Africa in China's Belt & Road initiative. *ResearchGate*, July 2017

Soulé, Folashade (2020): 'Africa+1' summit diplomacy and the 'new scramble' narrative: Recentering African agency. *African Affairs*, Vol. 119, Issue 411, October 2020, pp. 633-646

Staeger, Ueli & Tshepo T. Gwatiwa (2020): Peace and security in the context of EU-Africa relations. In: Haastrup, Toni & Niall Duggan & Luís Mah (eds.): *The Routledge handbook of EU-Africa relations*, London: Routledge, 1st ed., Dec. 31, 2020, pp.

Suh I, Norbert (2020): International Regime Complexity in EU–Africa Relations. T*he Journal of Territorial and Maritime Studies*, Vol. 7, No. 2 (Summer / Fall 2020), pp. 27-48

UNIDO (2020): COVID-19 Impact on EU -Africa Relations. *Brussels: UNIDO-Focus, June 2020*

Wellings, B (2019): English Nationalism, Brexit and the Anglosphere: Wider Still and Wider (New Perspectives on the Right), Manchester University Press, 23. Mai 2019

Wyk, Jo-Ansie van (2018): Sanctions and summits: Sanctioned African leaders and EU–Africa summits. *South African Journal of International Affairs*, 2018, Vol. 25, No. 4, 497–515

Résumé : *Des nuages sombres sur le sommet UE-Afrique 2021 en vue du Brexit et de la pandémie COVID-19*

Tous les trois ans, le sommet UA-UE réunit les dirigeants africains et européens pour définir l'orientation future de la coopération. Le 6e sommet devait réaffirmer et renouveler le partenariat entre les deux blocs déjà en octobre 2020, mais il a été repoussé au premier trimestre 2021, ou même plus tard, en raison de la crise du COVID-19. En outre, Bruxelles a dû faire face à sa propre situation post-Brexit, compte tenu l'exclusion du Royaume-Uni, et à ses répercussions sur les relations UE-Afrique. Les États africains, pour leur part, souhaitaient renégocier le partenariat UE-Afrique, et l'équilibrer avec les nouvelles visions post-Brexit prometteuses du Premier ministre britannique Johnson sur le renforcement des liens économiques avec l'Anglosphère africaine. La Chine et d'autres acteurs mondiaux sont en concurrence avec l'UE et ses États membre dans la nouvelle ruée vers les ressources africaines. Étant donné que l'Afrique est de plus en plus courtisée par d'autres partenaires, elle pourrait être encline à limiter successivement ses relations avec l'UE et à la considérer comme un simple fournisseur d'aide et de sécurité contre le terrorisme islamique. Cette tendance a été renforcée par le fait que la nouvelle stratégie UE-Afrique n'a toujours pas été approuvée par les États membres de l'UE. Et un remplacement opportun de l'accord de Cotonou, qui expire en novembre 2021, est sujet à caution.

Abstract: *Dark clouds over the EU-Africa Summit 2021 in view of Brexit and Corona*

Every three years, the AU-EU summit reunites African and EU leaders to outline the future direction of cooperation. The 6th summit had been to reaffirm and renew the partnership between the two blocks already in October 2020, but it was pushed back to the first quarter of 2021 or even later due to COVID-19 crisis. Besides, Brussels had to deal with its own post-Brexit situation and its repercussions on EU-Africa relations, excluding the UK. African states, for their part, wanted to renegotiate the EU-Africa partnership and to balance it with new promising Post-Brexit visions of the British premier Johnson about increased economic ties with the African Anglosphere. China and other global players compete with the EU and its member states in the new scramble for African resources. Given that Africa is increasingly courted by other partners it could be inclined to successively limit its relations with the EU and see it as a mere provider of aid and security against Islamic terrorism. This trend was reinforced by the fact that the new EU-Africa strategy still hasn't been approved by EU member states. And a timely replacement of the Cotonou-Agreement, which expires in November 2021, is open to question.